

267 ZPO ausreichend ist (vgl. BGH NJW 1988, 411, 413; Bayer in: Lutter/Hommelhoff, GmbHG, 17. Aufl., AnH. Zu § 47, Rdnr. 68 m.w.N.) -, ist es eine vom Gericht durch Subsumtion zu beantwortende Rechtsfrage, ob die Vorschrift des § 248 AktG oder die des § 249 AktG Anwendung findet (vgl. Hüffer in Geßler/Hefermehl/Eckhardt/Kropff a.a.O., § 246 Rdnr. 20). Diese rechtliche Beurteilung wird auch durch die Rechtskraftwirkung des auf eine Nichtigkeits- oder Anfechtungsklage hin ergehenden Urteils bestätigt. Wird eine dieser Klagen rechtskräftig als unbegründet abgewiesen, ist die Erhebung einer weiteren Klage mit identischem Streitgegenstand – gleichgültig in welcher Form – unzulässig. Wird einer solchen Klage stattgegeben, so ist die Erhebung einer erneuten derartigen Klage – auch bei Wechsel der Klageart – ebenfalls ausgeschlossen (vgl. Hüffer, a.a.O., § 246 Rdnr. 15; derselbe in: Geßler/Hefermehl/Eckhardt/Kropff a.a.O.; § 246 Rdnr. 24; K. Schmidt in: Großkommentar zum AktG a.a.O., § 248 Rdnr. 15).

Entgegen der Auffassung des Klägers ist der von ihm angegriffene Gesellschafterbeschluss vom 15.11.2010 – auch bei einer von ihm verfolgten Anfechtungsklage – nicht nichtig, sondern wirksam.

Ein GmbH-Gesellschafter kann nicht nur im Wege der Ausschließungsklage, sondern, wenn die Satzung der Gesellschaft dies zulässt auch durch Gesellschafterbeschluss ausgeschlossen werden (vgl. BGH GmbHR 1991, 362 f.). Eine solche Regelung enthält im vorliegenden Fall § 15 Abs. 3 S. 1 i.V.m. Abs. 1 und 2 c) des Gesellschaftsvertrages der Beklagten. Danach kann ein Gesellschafter aus der Gesellschaft ausgeschlossen werden, wenn in seiner Person ein wichtiger Grund vorliegt, der die Fortsetzung des Gesellschaftsverhältnisses mit ihm unzumutbar macht. Zugleich ist in § 15 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages bestimmt, dass die Einziehung (Amortisation) von Geschäftsanteilen mit Zustimmung des betreffenden Gesellschafters jederzeit zulässig ist. Gemäß § 15 Abs. 2 c) bedarf es dieser Zustimmung nicht, wenn in der Person des Gesellschafters ein seiner Ausschließung nach § 15 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrages rechtfertigender Grund vorliegt. Dieses Vorliegen ist entgegen der Auffassung des Klägers der Fall.

Zunächst ist zu der am 15.11.2010 anberaumten Gesellschafterversammlung und damit demnächst gemäß § 8 Abs. 3 S. 2 des Gesellschaftsvertrages ist mit dem Einladungsschreiben vom 29.10.2010 ordnungsgemäß unter Einhaltung einer Frist von mindestens zwei Wochen eingeladen worden. Die Frist begann mit der Absendung des Einladungsschreibens. In dem Einladungsschreiben waren ferner